

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

11 (14.7.1946)

Badische Volksstimme

Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirksleitung Baden

Jahrgang 1, Nr. 11

Mannheim, den 14. Juli 1946

Preis 10 Pfg.

Die Wahlen vom 30. Juni

Am 30. Juni wurden in Württemberg-Nordbaden und in den übrigen Ländern der amerikanischen Zone die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung durchgeführt. Trotz der Abnahme der Wahlbeteiligung hat die Stimmenzahl der Arbeiterparteien zugenommen. Wenn auch ein großer Teil der Wählerschaft noch unter dem Einfluß von Vorurteilen aus der Hitlerperiode steht, wenn auch die Goebbels'sche Kommunistenhetze noch deutliche Spuren hinterlassen hat, so haben sich die Hoffnungen der reaktionären Kräfte nicht erfüllt, die einen großen Teil ihrer Wahlpropaganda auf den Kommunistenschreck aufbaute. In allen Bevölkerungsschichten zeigen sich als Ueberreste des Nazismus reaktionäre, kommunistenfeindliche Ideologien, die teils offen, teils demokratisch und sogar antifaschistisch getarnt auftreten. Die Erinnerung daran ist noch nicht wach genug, daß auch die faschistischen Volksfeinde und Verbrecher ihr Werk mit einer hemmungslosen Kommunistenhetze begonnen haben.

Ein großer Teil der Wählerschaft ist noch nicht geneigt, den schweren und mühsamen Weg eines wirklich demokratischen Aufbaues zu begehen und läßt sich nur zu gerne auf den Weg des geringsten Widerstandes führen, ohne dabei zu sehen, daß dadurch erneut die Kräfte der Reaktion gestärkt werden und von neuem eine Entwicklung angebahnt würde, deren Folgen für das deutsche Volk nicht abzusehen sind.

Mit waldemagogischem Gerede von christlichem Sozialismus und überradikalen Phrasen von sofortiger Sozialisierung im Rahmen einer bürgerlichen Republik haben die großen Parteien Massen an sich gezogen, deren opportunistische Neigungen zudem noch durch den zahlenmäßigen Vorsprung dieser Parteien stark beeindruckt wurden. Die Wahrheit ist immer bitter. Deshalb hat die Masse des Volkes die konsequente Haltung der Kommunistischen Partei sich noch nicht ganz zu eigen gemacht und wird, anstatt den richtigen, aber unbequemen und schweren Weg zu gehen, noch zu leicht das Opfer von Gruppen und Parteien, die den leichteren, aber falschen Weg zeigen.

Trotzdem zeigt das Wahlergebnis doch, daß sich bestimmte Wandlungen im Denken der Wähler anbahnen, und es ist richtig und notwendig, dieses Ergebnis nach bestimmten Gesichtspunkten zu betrachten.

Prozentualer Anteil der kommunistischen Stimmen in den Ländern der US-Zone

Land	Wahlbeteiligung	Abgegebene Stimmen für die KPD
Baden	71 %	10,6 %
Groß-Hessen	71 %	9,8 %
Württemberg	70-71 %	9,6 %
Bayern	72 %	5,3 %
Nord-Württemberg und Nordbaden zusammen		10,0 %

Verhältnis der Arbeiterparteien zu den anderen Parteien

Land	Arbeiterparteien	Andere Parteien
Groß-Hessen	58,6 %	41,4 %
Nord-Baden	44,7 %	55,3 %
Württemberg	40,8 %	59,2 %
Bayern	37,1 %	62,9 %
Insges. in d. US-Zone	45,9 %	54,1 %

Sie hat ihre Stimmenzahl trotz gesunkener Wahlbeteiligung nicht nur gehalten, sondern auch insbesondere in verschiedenen Landgebieten teilweise beträchtlich erhöht. Auch die Sozialdemokratische Partei hat im allgemeinen einen wesentlichen Zuwachs zu verzeichnen, obwohl sie in einigen Gebieten auch Stimmen abgeben mußte. Das Gesamtergebnis ergibt eine starke Position der beiden Arbeiterparteien, wenn sie auch bei uns in Baden und Württemberg noch nicht die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, wie dies in Groß-Hessen der Fall ist. Sicher wäre das Ergebnis besser, wenn die beiden Arbeiterparteien zusammengearbeitet hätten oder gar, wie dies in den demokratisch fortgeschrittensten Gebieten von Deutschland der Fall ist, bereits zu einer einzigen sozialistischen Partei verschmolzen wären.

Das Abwandern einer beträchtlichen Anzahl von Wählern von der CDU teils zur Demokratischen Volkspartei, teils zur SPD zeigt, daß die in dieser Partei gegenwärtig noch zusammengefaßten höchst verschiedenartigen Kräfte auseinanderstreben und sich neue ihnen gemäßigere Orientierungspunkte suchen.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Erscheinung deutet einerseits als den Beginn einer Entwicklung der fortschrittlichen Volkskreise zum Lager der beiden Arbeiterparteien hin, eine Entwicklung, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, vorläufig bei der SPD Halt gemacht hat. Die CDU ist kein fester Block. Hinter der breiten Masse der christlichen Wählerschaft, deren ehrlichen Willen und demokratisches Wollen wir durchaus anerkennen, formieren sich von neuem soziale und politische Kräfte, die aufs engste mit dem Nazismus verflochten waren und die heute, wie das Beispiel der Auseinandersetzung in verschiedenen bayerischen Bezirken beweist, bestrebt sind, diesen guten Willen für ihre reaktionären Absichten auszunutzen. Immer mehr verbreitet sich die Einsicht in diese Zusammenhänge, und in gleichem Maße wandern die wirklich fortschrittlichen Kräfte in das Lager der Arbeiterparteien ab. Die CDU löst sich in ihre alten Bestandteile auf. Ein Teil orientiert sich nach der Demokratischen Volkspartei hin. Evangelische Bevölkerungsschichten lösen sich von der CDU los und gehen entweder zur DVP oder in das Lager der Arbeiterparteien über.

Der Stimmenzuwachs der Kommunisten ist umso höher zu werten, als von den

(Fortsetzung auf Seite 3)

Unsere Abgeordneten

Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung wurden folgende Kandidaten gewählt:

- Paul Schreck, Vorstand der Kommunistischen Partei, Landesbezirk Nordbaden, und zweiter Vorstand des ADGB;
- Anette Langendorf, Kontoristin, in Mannheim-Land;
- Robert Klausmann, Landesdirektor, in Karlsruhe-Stadt;
- Richard Stark, Ingenieur, auf der Landesliste.

Vergleich zwischen Kreisratswahl und Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung im Landkreis Mannheim

	CDU	DVP	SPD	KPD
Wahl zur Verfassunggeb. Versammlung (30. 6. 1946)	18676	5349	15360	7210
Kreisratswahl (28. 4. 1946)	21003		16375	6317
Verlust	2427 = 13%		1015 = 6,2%	
Gewinn				993 = 13%

Die Kommunistische Partei ist gestärkt aus der Wahlkampagne hervorgegangen.



Im Krieg brannte in unseren Herzen der heiße Wunsch, — über Gräben und Drahtgewirre hinweg — uns die Hände zu reichen.
Und nun soll uns der Friede daran hindern — — — ?

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft zur die Erlangung dieser großen Ausgebau geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:
Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine menschenwürdige Rede... den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Druck von Osten — Druck von Westen?

Dr. Schuhmacher und die Presse in den Westgebieten spricht sehr viel von einem „Druck in der Russischen Zone“, um einen anderen Vorgang zu vernebeln, nämlich den Druck vom Westen aus. Die neuesten Ausführungen Dr. Schuhmacher's über die nächste Zukunft Deutschlands lassen darauf schließen, daß, was seine Person anbelangt, seine Behauptung sehr wohl Gültigkeit hat, daß alle parteipolitische Tätigkeit in Deutschland nichts anderes darstelle, als einen verlängerten Arm der jeweiligen Besatzungsmacht. Dr. Schuhmacher liefert lediglich eine volkstümliche Umrahmung für verschiedene Konzeptionen westlicher Herkunft.

Schon aus einem Bericht der „New York Herald Tribune“ vom 24. Mai 1946, war zu entnehmen, daß ein noch weitgehenderer Einfluß auf die Politik der SPD bevorstehe. Abgeordnete der Labour-Regierung erklärten auf einer Konferenz in der englischen Stadt Clacton, daß sie die Trennung Deutschlands in separate Einfluß-Sphären, Ost und West beabsichtigen, und eine Revision des Potsdamer Abkommens verlangen werden. Deshalb verlangen die englischen Sozialisten die Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit den Kommunisten und die Organisation der Sozialdemokratischen Partei auf antikommunistischer Basis. Damit waren allerdings nicht alle Vertreter einverstanden.

Das schaffende Volk Deutschlands darf jedoch diese Vorgänge nicht übersehen, um unbeirrt seinen geraden Weg gehen zu können, mit der einzigen Orientierung: Deutschland!

Englische Abgeordnete bei Dr. Schuhmacher

I.

In einer unlängst gehaltenen Rede sagte Dr. Schuhmacher:

„Deutschland ist dementsprechend nicht in der Lage, irgend eine zentral geführte politische Partei zu haben, es sei denn, es wäre eine politische Partei, die ihre Instruktionen von einem Ort außerhalb Deutschlands bekommt“.

II.

Aus Hannover wird unter dem 26. Juni 1946 berichtet, daß einige Abgeordnete der britischen Arbeiterpartei unter Führung von Morgan Philips am 22. Juni 1946 zu einer Besprechung mit Dr. Schuhmacher in Hannover eintrafen. Die Abgeordneten der Labour-Party ließen sich von Dr. Schuhmacher eine Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands geben.

Über den weiteren Inhalt der Besprechungen wird Stillschweigen bewahrt.

Großgrundbesitz im Westen

Die britische Militärregierung hat die Kontrolle allen landwirtschaftlichen Privatbesitzes über 500 ha angeordnet. Das wird ein Drittel der landwirtschaftlich bebauten Fläche in der britischen Zone überhaupt ausmachen. Der Einwand, daß eine Bodenreform, wie in der SU-Zone, im Westen nicht durchgeführt werden könne, weil es ja fast keinen Großgrundbesitz gäbe, steht demnach auf sehr schwachen Füßen.

Eine neue Zeitschrift

Seitdem Ostern 1946 auf dem Vereinigungsparteitag in Berlin die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands historische Tatsache geworden ist, war die wesentlichste Voraussetzung für den Aufstieg der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes geschaffen. Es ist die geschichtliche Aufgabe der Einheitspartei, unserem Volk aus dem ihm von den Hitler-Banden zurückgelassenen Trümmerhaufen wieder ein lebenswertes Dasein zu ermöglichen.

Auf diesem Fundament, das nach den Worten des Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck, der unerschütterliche Fels ist, auf dem sich das deutsche Volk wieder eine glückliche Zukunft erobern wird, baut auch die theoretische Monatsschrift für Sozialismus, die **Einheit**, auf.

Diese Zeitschrift, bisher vom Parteivorstand der SPD und dem Zentralkomitee der KPD gemeinsam herausgegeben, erscheint nach der Vereinigung als das wissenschaftliche Organ der geeinten So-



zialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland.

Vor uns liegt das erste Heft dieser Zeitschrift. Es enthält wichtige Aufsätze über die materiellen Grundlagen des demokratischen Neuaufbaues (Max Seydewitz), über unsere Stellung zum Eigentum (Fred Oelssner), über die Stellung des Geistesarbeiters zur sozialistischen Einheit, (Dr. H. Acher), über Marxismus und Forschung (Dr. L. Ratzel), und über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte (K. Hoffmann). Andere Aufsätze setzen sich mit grundlegenden Arbeiten von Marx und Lenin auseinander und geben damit jedem wirklichen Marxist das geistige Rüstzeug für die harte Arbeit um den demokratischen Neuaufbau Deutschlands.

Was in der Ostzone geschehen ist, muß auch in den Westzonen Wirklichkeit werden. Erste Voraussetzung dafür ist, das in den Zeiten des Bruderkrieges gewachsene Mißtrauen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu beseitigen. Jeder, dem das Schicksal Deutschlands und Europas am Herzen liegt, hat seinen Teil bei der Lösung dieser Aufgabe beizutragen. Dazu gehört auch — und wir sagen dies vor allem den jungen Antifaschisten — sich das geistige Rüstzeug zu verschaffen, um vorbehaltlos für die Zusammenarbeit aller Marxisten wirken zu können.

Zu beziehen unter Streifenband direkt beim Verlag Einheit GmbH., Berlin C 2, Wallstraße 76-79 gegen Voreinsendung von 0.50 RM pro Nummer (Einschreibebrief).

Die Grundlagen des Marxismus

I.

Die Ruinen, die Europa bedecken, sind das Erbe des faschistischen Imperialismus, durch dessen Verbrechen sich Deutschland aus der Völkergemeinschaft ausgeschlossen hat.

Voraussetzung der kommenden Verständigung ist ein auf Fundamenten echter Freiheit und wahrer Demokratie ruhender Sozialismus.

Karl Marx und Friedrich Engels haben das Ziel gezeigt, Lenin und Stalin haben bewiesen, daß die wissenschaftlich materialistische Weltanschauung nicht Theorie, sondern eine Anleihe zum praktischen Handeln ist.

„Diese Weltanschauung heißt darum dialektischer Materialismus, weil ihr Herangehen an die Naturscheinungen, ihre Methode der Erforschung der Naturscheinungen, ihre Methode der Erkenntnis dieser Erscheinungen die dialektische ist, und weil ihre Deutung der Naturscheinungen, ihre Theorie die materialistische ist.“

„Der historische Materialismus ist die Ausdehnung der Leitsätze des dialektischen Materialismus auf die Erforschung des gesellschaftlichen Lebens, die Anwendung der Leitsätze des dialektischen Materialismus auf die Lebenserscheinungen der Gesellschaft, auf die Erforschung der Geschichte der Gesellschaft.“

Die Schriften, in denen die Lehren dieser erhaben-revolutionären Weltanschauung gezeigt werden, sind in den hinter uns liegenden Jahren des Terrors vernichtet worden, so daß wir auch hier vor einem Anfang stehen. Manches ist geschehen, bei weitem nicht alles.

An dieser Stelle soll laufend über Neuerscheinungen berichtet werden, die der kennen muß, der es mit der Verwirklichung echter Demokratie ernst meint.

Mannheimer Spruchkammer arbeitet fieberhaft

Bis zum 31. 7. 46 müssen alle belasteten Personen, auch Mitläufer, deren Fälle von der Spruchkammer noch nicht bereinigt sind, entlassen werden. Die Mannheimer Spruchkammer ist z. Zt. damit beschäftigt, eine größere Anzahl von Fällen, angeblich nur Mitläufer, bis zu diesem Datum im schriftlichen Verfahrenswege zu erledigen. Es heißt zwar, daß es sich nur um Personen handle, an deren Weiterbeschäftigung die Allgemeinheit interessiert sei. Aber wie will man denn die Tatsache erklären, daß beispielsweise Nazibeamten, die seit längerer Zeit schon ihren Dienst quittieren mußten, jetzt schon von ihren Dienstvorständen die Zusage erhalten haben, daß sie noch in diesem Monat ihre alten Stellungen wieder einnehmen könnten? Aber auch jene, die z. B. in städtischen Betrieben vorläufig ihre Stellung verlassen mußten, aber einen Warteposten bezogen haben, d. h. die an irgend einem anderen Amt angeblich als „einfache Arbeiter“ weiterbeschäftigt wurden, setzen ihre gute Hoffnung auf die Tätigkeit der Spruchkammer im Monat Juli. Schon bevor diese Institution regulär zu arbeiten beginnt, scheint sie sich in der Hauptsache nicht mit der Reinigung unseres öffentlichen Lebens vom Nazismus, sondern mit der Reinwaschung der Nazis zu befassen. Wir sind im Besitz zuverlässiger Nachrichten darüber, daß, gefördert von verschiedenen Stellen, die Wiedereinsetzung bekannter nazistischer Persönlichkeiten beabsichtigt ist. Die Mannheimer Antifaschisten werden gerade in den nächsten Wochen besonders wachsam sein müssen, um die Pläne der Reaktion zu verhindern.

Die Wahl des CDU-Oberbürgermeisters Braun

Am Mittwoch, den 10. Juli, wurde Josef Braun, CDU, zum Oberbürgermeister von Mannheim gewählt. Wie ging dies zu?

Die Stimmzettel wiesen folgendes Ergebnis auf:

Anzahl der stimmberechtigten Stadträte 24
Abgegebene Stimmzettel 23
(Ein Mitglied des Stadtrats war abwesend.)

Es erhielten:
Braun, CDU 20 Stimmen
Trumpfheller, SPD 3 Stimmen

Für den schließlich gewählten Kandidaten der CDU, Braun, wurden abgegeben:

9 Stimmen der CDU
1 Stimme der DVP
10 Stimmen der SPD

Für den Sozialdemokraten Trumpfheller stimmten die drei Stadträte der Kommunistischen Partei!

So wurde der Oberbürgermeister von Mannheim, Braun, CDU, gewählt!

Tausende sozialistischer Arbeiter und Wähler der Sozialdemokratischen Partei sind durch dieses Ergebnis bitter enttäuscht! Vor Monaten bereits hat die Betriebsrätevollversammlung der Mannheimer Betriebe dem damaligen kommissarischen Oberbürgermeister Braun wegen seiner absolut nicht fortschrittlichen Haltung in verschie-

denen Fragen ein eindeutiges Mißtrauensvotum ausgesprochen. Auch das Ergebnis der Mannheimer Stadtratswahlen vom 26. Mai, das der CDU einen erheblichen Stimmenverlust bei gleichzeitigem Anwachsen der Stimmen für die Arbeiterparteien brachte, ist wohl als eine Willensäußerung der Bevölkerung zu deuten, mit dem vergangenen Zeitabschnitt und seinen Vertretern Schluß zu machen und einen neuen, fortschrittlichen Kurs in Mannheim einzuführen.

Die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD haben bei den Stadtratswahlen am 26. Mai eine absolute Mehrheit erhalten, und ihre Stadträte konnten gemeinsam ihren Oberbürgermeister wählen und in Zukunft gemeinsam die öffentlichen Angelegenheiten in Mannheim im Interesse des schaffenden Volkes lenken. Wenn die zehn Sozialdemokraten ihre zehn Stimmen ihrem Parteivorsitzenden Trumpfheller gegeben hätten, für den auch die Kommunisten ihre drei Stimmen abgaben, so wäre ein Sozialdemokrat mit 13 von 23 Stimmen gewählt und Braun, CDU, niemals Oberbürgermeister von Mannheim geworden. Aber die Stadtratsfraktion und der Parteivorstand der SPD haben dies, trotz Einspruchs breiter Mitgliedergruppen der SPD und entgegen dem Willen vieler sozialdemokratischer Wähler nicht gewollt.

Josef Braun, CDU, ist also von der SPD-Stadtratsfraktion zum Oberbürgermeister von Mannheim gewählt worden.

werden. Solange dies aber nicht der Fall ist, muß der Ausbau der Kirchen eingestellt werden. Ein jeder christlich denkende Mensch wird hier ganz unserer Meinung sein.

Die Tätigkeit der Arbeiterparteien

in der USA-Zone und die Potsdamer Beschlüsse

In den Potsdamer Beschlüssen, Artikel III, Paragraph 9, Abschnitt 2, heißt es wörtlich:

„In ganz Deutschland müssen alle demokratischen politischen Parteien erlaubt und gefördert werden . . .“

Der bekannte amerikanische Rundfunkkommentator William Harland Hale stellte in der Zeitschrift „Harpers Magazine“ Betrachtungen über die deutschen Antifaschisten an. Er hatte als enger Mitarbeiter der amerikanischen Militärregierung längere Zeit die Gelegenheit die deutschen Verhältnisse zu studieren. Er teilt die Antifaschisten in vier Gruppen ein, und schreibt über den linken Flügel der Arbeiterbewegung wörtlich folgendes:

„In den wichtigsten Städten gibt es Gruppen hartgesottener Aktivisten der äußersten Linken, meist Kommunisten, die es verstehen, ein Volk, das nur zu gern auf Befehle wartet, zu organisieren. Sie waren so wild und ungestüm, daß die Offiziere unserer Militärregierung sogleich vor ihnen zurückscheuten und sie dann gleichsam in eine Kiste sperrten und den Deckel zuklappten. Wir sitzen seitdem auf dem Deckel.“

(Fortsetzung von Seite 1)

alten reaktionären Kreisen die alte Hetze über die Ostzone, über die Sowjetunion usw. gegen die Kommunisten gerichtet wurde. Die Kommunistische Partei wird ungeachtet des Mißtrauens, das durch Lügen und böswillige Verleumdungen künstlich genährt wird, unbeirrt den Kampf um die demokratische Erneuerung Deutschlands unter rückhaltlosem Einsatz ihrer ganzen Kraft fortsetzen. Sie ist sich der Verantwortung bewußt, die sie gegenüber der Arbeiterklasse und dem gesamten deutschen Volk zu tragen hat.

Wir wollen ein neues, sauberes und fortschrittliches Deutschland aufbauen. Deshalb müssen wir zuerst die Trümmer der alten Welt hinwegräumen. Es gilt, alle aktiven Nazis, Militaristen und Reaktionäre aus Staats- und Gemeindeverwaltung und aus der Wirtschaft auszuschalten. Es gilt, die reaktionäre Kaste der adeligen Grundherren für immer zu entmachten und die demokratische Bodenreform durchzuführen. Es gilt, dem schaffenden Volk ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht in Staat und Wirtschaft zu sichern und die Rechte des Volkes immer mehr zu erweitern.

Die Kommunistische Partei wird in den Mittelpunkt ihrer weiteren Arbeit die Herstellung der Arbeitereinheit stellen, ungeachtet der antikommunistischen und einheitsfeindlichen Haltung mancher SPD-Führer, wie Dr. Schumacher, einer Haltung, die in erster Linie der Reaktion dient.

Die Einheit der Arbeiterbewegung ist die starke Kraft, welche die nationale Einheit des deutschen Volkes über alle Zonengrenzen hinweg und entgegen allen partikularistischen und föderalistischen Plänen der Reaktion sichert.

Die Arbeiterparteien müssen zusammenstehen, damit die Not unseres Volkes beendet wird und die Kräfte der Reaktion durch die Kräfte des Fortschritts und der Demokratie besiegt werden. Immer größere Teile des schaffenden Volkes gelangen zu der Erkenntnis, daß die Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse mit den Interessen des gesamten deutschen Volkes zusammenfallen.

Mit uns das Volk! Mit uns der Sieg!

Der Kampf um die Wohnung

Eine bedeutsame Entscheidung der amerikanischen Militärregierung in München

Bald ist der Sommer zu Ende, der harte Winter steht wieder vor der Tür, und tausende Frauen und Männer mit ihren Familien fragen sich: Müssen wir diesen Winter wieder in Bunkern, Häusern und Kellern hausen? Tausendfach wird diese Frage erhoben, und alle, die ein Dach über dem Kopfe haben, sind verpflichtet, den Opfern des größten Wahnsinns Naziverbrechern zu helfen. Und es kann geholfen werden. Die verantwortlichen Stellen der Mannheimer Stadtverwaltung, insbesondere aber der in seiner Mehrheit aus Arbeitervertretern gewählte Stadtrat dürfen nicht mehr dulden, daß Unrecht zu Recht erhoben und verewigt werden soll. Denn Unrecht ist es, wenn die wirklich Schuldigen des Naziverbrechens, aktive Nazis und Militaristen, nach wie vor in ihren Wohnungen sind, während die Opfer dieses Systems in Bunkern und Kellern wohnen müssen! Wir verlangen, daß die hierfür verantwortlichen Stellen endlich einmal durchgreifen und handeln.

Die amerikanische Militärregierung in München erließ folgenden Befehl mit der Anordnung der sofortigen Durchführung:

Wenn es erforderlich ist, ehemaligen politisch und rassisch Verfolgten oder sonstwie Nichtmitgliedern der Partei Wohnraum zuzuweisen, kann das Wohnungsnutzungsrecht gelöst werden bei den im § 8 des seit 25. Oktober 1945 zum Vollzug freigegebenen bayrischen Wohnungsgesetz aufgeführten Personen und bei jedem ehemaligen Nationalsozialisten, ohne Rücksicht auf das Eintrittsdatum in die Partei, gleichgültig, ob außerdem noch eine Mitgliedschaft zu einer NS-Organisation bestand oder nicht. — 2. Wenn eine Auswahl an Wohnungen von Nationalsozialisten besteht, ist die Reihenfolge der Belasteten im abstufenden Grade einzuhalten. — 3. Die im § 8 des obenge-

nannten Gesetzes vorgesehenen Spruchauschüsse bei den Wohnungsbehörden sind für Entscheidungen nicht mehr zuständig. Die Wohnungsausschüsse haben nur beratende Funktion, die Entscheidung der Wohnungsämter kann durch sie nicht aufgehoben werden. — 4. Bei der Erfassung von Wohnungen politisch belasteter Personen soll auf die Untermietverhältnisse unbelasteter Personen Rücksicht genommen werden. Gemäß Artikel 7 Ziffer 3 des Gesetzes Nr. 18 des Alliierten Kontrollrates (Wohnungsgesetz) kann der Betroffene innerhalb einer Frist von drei Tagen nach Zustellung oder Anschlag der Mitteilung Beschwerde einlegen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. — 6. Es ist eine Räumungsfrist von mindestens 3-5 Tagen zu gewähren.

Dieses Gesetz ist für Mannheim dringend nachahmenswert.

Eine große Anzahl von Wohnräumen kann auch noch dadurch geschaffen werden, indem man auf Neubauten vorerst verzichtet und die noch aufbaufähigen Häuser wieder instandsetzt. Ebenso halten wir es nicht für dringend notwendig, daß Kirchen renoviert und ausgebaut werden, wofür große Mengen Baumaterialien aufgewendet werden müssen, während tausende von Menschen nicht wissen, wo sie ihr müdes Haupt zum Schlafen hinlegen sollen. Wir glauben nicht, daß es sich mit einem christlichen Gewissen vereinbaren läßt, zu verlangen, daß Kirchen ausgebaut werden, wenn zugleich durch ein menschenunwürdiges, jeder Sittlichkeit und Moral hohnsprechendes Wohnen in Bunkern und Kellerlöchern tausende von Menschen einem Seuchentod entgegengehen. Wenn die Wohnungsnot mit all ihren Gefahren behoben sein wird, kann auch an die Kirchen gedacht

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft nur die Erlösung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine menschenwürdige Rede den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Brief eines Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion

Aus Ziegelhausen erhalten wir folgende Zuschrift:

Einer der wichtigsten Punkte, mit denen von allen Seiten gegen die Kommunisten und gegen Sowjetrußland gekämpft wird, ist die Tatsache, daß bis jetzt die deutschen Gefangenen von dort noch nicht zurückkehren durften und viele Familien überhaupt noch keine Nachricht über den Verbleib ihrer Lieben haben. Daß unsere Männer aus Rußland aus Gründen des internationalen Rechtes noch nicht zurückkehren können, übergehen die Betreffenden geflissentlich, trotzdem das bereits mehrfach in den Zeitungen auseinandergesetzt war. Und wenn nun in den Zeitungen zu lesen ist, daß wieder viele Tausende deutscher Kriegsgefangenen aus Amerika nach Europa zurückgesandt werden, so heißt das ja auch nicht, daß sie nach Deutschland entlassen werden, es dient aber dazu, wieder einen giftigen Pfeil der Hetze gegen Sowjetrußland abzuschleusen.

Von meinem jüngeren Sohn habe ich kürzlich eine Karte aus Sowjetrußland erhalten, von der ich Ihnen einliegend eine Abschrift sende, mit dem Anheimstellen, den Inhalt in der Badischen Volksstimme abdruckend. Der Inhalt scheint mir darzutun, daß die Gefangenen in dem Lager, in dem mein Sohn sich befindet, sich in einer Situation befinden, die keineswegs freudlos und hoffnungslos ist. Wie uns Eltern dieses Bild der Kameradschaftlichkeit und der inneren Wachheit, die sich in den Handarbeiten, den Vorträgen usw. äußert, freute, so glauben wir, vielen Wartenden in Deutschland eine seelische Auffrischung zu geben, wenn wir sie von dem Inhalt dieser Karte unseres Sohnes in Kenntnis setzen. Ich halte mich sowohl aus menschlichen Gründen, aber auch aus politischen Gründen zu dieser Bekanntgabe verpflichtet.

Ich begrüße Sie bestens

gez.: Hans Schütze, Ziegelhausen.

Moskau, Rotes Kreuz, Postfach 300.
30. 5. 46

Liebe Eltern! Hurra, hurra, die Post ist da — der Schleier ist gefallen, die Nebelwand zerrissen und hervorkommt leuchtend blauer Himmel. Die Sonnenstrahlen treffen warm das Herz und berühren es sonderlich heimatlich. Als ich meinen Na-

men hörte, rannte ich meine Vordermänner über den Haufen und setzte die Karte erst ab, als ich Eure Unterschrift erkannt hatte und sagte zu R.: Sie leben. O welch schöner Inhalt! Wie ein Wunder! Seit ich das Stückchen Heimat auf der Brust trage, fühle ich mich wieder gesund. Richard ist Bankmensch, Heinrich ist Südrüchtelekaufmann und K., der Molkereibesitzer, meine Freunde, bekamen sie gleich vorgelesen. Er mußte mir gleich das beste Rezept für Kochkäse von Ali (Anmerkung: unserem Milchschat) erzählen. Richard kam mit seinem Rahmstrudelrezept Die Alimilch soll ja so fett sein. Macht es viel Arbeit?

Alles Männer, die mir zur Seite gestanden sind und mich trösteten, wenn ich nach der Postverteilung den Kopf hängen ließ, Dr. Haag, der in Heidelberg studiert hat, freute sich sehr. Ihm habe ich auch eines meiner geschnitzten zierlichen Schiffchen, eine römische Galeere, geschenkt. Phönizische Handelsschiffe, Ostindienfahrer, Vollschiffe sind in meiner Miniaturwerft entstanden. Ein Karrusell dreht eine Hanse-Kogge auf dem warmen Ofen. — Lange lag ich heute Nacht wach und dachte an Euch, wie Ihr wohl Euer Geld verdient, über meine kleine Erfindung: die Melodika-Viola und das Flötenwerk. Um Mitternacht sang die Nachtigall so schön auf der großen Fichte.

Brauche ich Aufnahmeprüfung oder Vorsemer für das Medizinstudium in Heidelberg? Interessant sind die Vorträge abends der Kameraden. Dr. Haag über Vererbungslehre. Ch. sprach so schön in Mittel- und Südamerika als Kaffeekaufmann; S. spielt wunderbar Violine. Jeden Sonntag um 8.30 Uhr pfeife ich mit (das 3. Brandenburg. Konzert von J. S. Bach). Oft bin ich in der Lesestube, solange ich noch nicht arbeite.

Was machen die Freunde und Verwandten? Schreiben sie mir auch? — Nun muß ich mein Plauderstündchen schließen. Schreibe viele lange Briefe und lege Zigarettenpapier bei, bitte.

Wie ich mich über die blaue Weststube freue. Schreibt mir auch Eure Sorgen, sonst ist alles zu schön um wahr zu sein.

Die besten Grüße und viele Küsse von Eurem fernen Hausgenossen.

Abs.: Kr.-Gef. Rainer Schütze,
Moskau, Rotes Kreuz, Postfach 300.

Gelbe Rüben mit oder ohne Kraut?

Seit Wochen erregen sich die Gemüter über die hohen Gemüsepreise und vor allem darüber, daß man beim Kauf von Gelben Rüben mehr Kraut als Rüben erhält. Die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei nahmen sich der Sache an. Es wurde auf dem Rathaus eine Sitzung unter Hinzuziehung der für die Ernährung der Stadt Mannheim verantwortlichen Beamten einberufen, die zwei weitere Sitzungen im Landesernährungsamt Karlsruhe nach sich zogen. Die letzte fand am Freitag, den 20. Juni statt, an der von Mannheim Herr Schmidt, Herr Trumpfheller und Frau Langendorf teilnahmen. Nach heftigen Debatten war neben der Festsetzung angemessener Gemüsepreise für Mannheim die Regelung getroffen worden, daß keine Gelben Rüben mehr mit Kraut auf den hiesigen Markt kommen dürfen. Auf den immer wieder vorgetragenen Einwand des Vertreters der Gartenbauwirtschaft, daß die sogenannte Pariser Karotte nicht ohne Kraut verkauft werden könne, stellen wir uns auf den Standpunkt, daß wir dann in Mannheim auf diese Pariser Karotte verzichten werden, da sonst unter Ausnützung der Unkenntnis des Laien-

einkäufers eben alle Sorten nach wie vor als Pariser mit dem Kraut auf den Markt eingeschmuggelt würden. Die Anordnung, daß in Zukunft die Gelben Rüben ohne Kraut und nach Pfundgewicht verkauft werden sollten, sollte sofort in Kraft treten, die übrige Preisliste erst in 8 Tagen.

Es vergingen einige Tage. Die Berge Grünfütter, in dem ab und zu eine Karotte zu entdecken war, verschwanden nicht. Frau Langendorf, Mitglied der kommunistischen Stadtratsfraktion, setzte sich mit der Gewerbebehörde in Verbindung, wo man Abhilfe zusagte. Es vergingen wieder einige Tage. Die Hausfrauen wurden ungeduldig. In der Annahme, daß die Anordnung betr. Karottenkrauts vielleicht versehentlich erst mit Inkrafttreten der neuen Preislisten, also ab letzten Montag durchgeführt würde, erwies sich neuerlich als trügerisch. Wo liegt der Fehler? Zunächst eine nochmalige Anfrage bei der Gewerbebehörde. Hier hieß es, das Ernährungsamt der Stadt Mannheim sei zuständig. Also dorthin. Der Marktbeauftragte dieses Amtes erklärte, daß er die Anordnung kenne und auch auf dem Großmarkt gegen den Verkauf in der alten Form pro-

testiert habe, doch sei es ihm nicht möglich gewesen, etwas durchzusetzen. Die städtische Preisüberwachungsstelle müßte eingreifen. Also dorthin. Da wußte man aber auch noch nichts von der Anordnung, die vom Gartenbauwirtschaftsverband herausgegeben werden müßte.

Also ein Gespräch mit Heidelberg, wo der Leiter dieses Amtes zu erreichen ist. Die Sekretärin weiß, daß an verschiedene Stellen die Anordnung herausgegeben wurde. Was nun?

Mittlerweile werden die Gelben Rüben nach wie vor mit einem Wust Grünfütter verkauft. Ein Gemüse für eine vierköpfige Familie kommt auf zirka 4 RM. Also noch einmal einen Vorstoß bei der Preisüberwachungsstelle Mannheim. Der dortige Regierungsrat wäre gern bereit gewesen zu helfen, aber nirgends ist ihm eine diesbezügliche Anweisung zugegangen.

Wir fragen uns nun: Ist das Sabotage oder Schlampererei? Mag sein, daß die Beamten in den einzelnen Stellen die Sache nicht so dringlich ansehen. Die Hausfrauen spüren es aber täglich am Geldbeutel, daß so nicht weiter gewirtschaftet werden kann. Was nützen uns die schönen Beteuerungen, daß die Mitarbeit der Bevölkerung an der Beseitigung von Mißständen erwünscht sei, wenn auf gewissen Stellen diese Mitarbeit still sabotiert wird?

Wenn es aber so sein sollte, wie ein Beamter sagte, daß heute Anordnungen herauskämen, die einfach nicht befolgt würden, so bedeutet das, daß an den betreffenden Stellen einfach nicht die richtigen Leute sitzen. Wahrscheinlich sind es die sogenannten „unentbehrlichen Fachkräfte“ aus dem Lager der Nazisten. Weg mit ihnen!

Antifaschistische Kriegsgefangene kehren heim

Aus Jugoslawien kehrten dieser Tage zwei große Transporte von Kriegsgefangenen zurück. Fast alle waren ehemalige Angehörige der Strafformation 999. In dieser Formation waren diejenigen zusammengefaßt, die während der Hitler-Zeit politische Strafen erlitten haben und für wehrunwürdig erklärt worden waren. Zusammen mit zwangsweise dazu kommandierten KZ-Häftlingen wurden sie auf dem Heuberg im Schwarzwald als Kanonenfutter ausgebildet und in Afrika und später auf dem Balkan eingesetzt.

Die jugoslawische Volksregierung unter Marschall Tito hat angeordnet, daß die Angehörigen dieser Straffregimenter zuerst entlassen werden. Es handelt sich nicht etwa um Kranke, sondern größtenteils um kerngesunde Menschen im besten Alter. Die Heimkehrer sagten aus, daß die Verpflegung gut gewesen sei. Sie berichteten weiterhin, daß bald auch die anderen Gefangenen heimkehren werden.

Wir hoffen, daß die anderen alliierten Mächte diesem Beispiel folgen werden und die vielen Antifaschisten, die sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden, ebenfalls bevorzugt freilassen.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Telefon 42 561, Mannheim, S 3, 10 | Auflage 30 000 | Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24 | Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Fr. 10. 4. 46.